

Paudorf: Rodungen ohne Umwidmungen

**Waldgebiet wird gerodet - "ohne Umwidmung", so Steinbruch-Gegner.
Die Behörde sagt: Es gehe nur um Bodenuntersuchungen.**



Riesenwirbel wegen Waldrodungen in Paudorf

Rodungsarbeiten in einem Waldgebiet, das zwar für einen neuen Steinbruch vorgesehen, aber noch gar nicht umgewidmet ist, sorgen derzeit für große Aufregung in Paudorf, Bezirk Krems. Vor allem aber bei drei Bürgerinitiativen, die sich mittlerweile formiert haben und für den Schutz des Dunkelsteinerwaldes einsetzen.

Die Firma Asamer plant auf dem Besitz des Stiftes Göttweig - im sogenannten Hörfarthgraben - einen neuen Steinbruch zu errichten. Dagegen wehren sich auch Betroffene, die fürchten zukünftig zwischen zwei Steinbrüchen zu wohnen. Auch wenn der "Ältere" mit der Zeit auslaufen soll.

Eine Recherche von Volksanwältin Gertrude Brinek ergab, dass die ursprünglich geplante Umwidmung des Hörfarthgrabens für die Rohstoffgewinnung bei einer Landtagssitzung vom Jänner 2010 nicht beschlossen wurde. Somit auch nicht in das "Raumordnungsprogramm NÖ Mitte" Eingang gefunden hat.

Die Mitarbeiter der Bürgerinitiativen haben telefonisch im Büro des zuständigen Landesrates Johann Heuras nachgefragt. "Dort haben wir bestätigt bekommen, dass es derzeit keine Widmung des Hörfarthgrabens für Gesteinsabbau gibt", erzählt Wolfgang Janisch, einer der wohl engagiertesten Steinbruch-Gegner. "Wie kann es da sein, dass trotzdem in dem Gebiet großzügig gerodet wird?", fragt er.

Bodenuntersuchungen

"Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun", erklärt Leopold Schalhas von der zuständigen Bezirksbehörde Krems. Die hat die Rodung demnach als Voraussetzung für Bodenuntersuchungen nach Paragraf 6 des Mineralrohstoffgesetzes genehmigt.

Allerdings sei die Angelegenheit noch gar nicht im Stadium eines Bewilligungsverfahrens. Denn dafür wäre ja eine Umwidmung notwendig.

Die Untersuchung sei allerdings nur meldepflichtig. An gemeldet wurde sie. Die Rodung sei im Rahmen des Forstgesetzes zur so genannten "waldfremden Nutzung" genehmigt. Ob derartige Untersuchungen ohne Umwidmung Sinn machen, will Leopold Schalhas im Gespräch mit dem KURIER nicht beurteilen. Steinbruch-Gegner wundern sich jedenfalls über die Selbstsicherheit der Projektwerber.

Immerhin würden Raumordnungsprogramme nicht allzu häufig geändert. Zuletzt ist das 2005 und 2002 geschehen. Was die Bürgerinitiativen im Detail irritiert: Die sogenannten "Sieben Marksteine" sollten eigentlich von dem Abbaugelände verschont werden. Trotzdem finden auch dort aktuell Rodungen für die Entnahme von Bodenproben statt.